

NACHRICHTEN

Arbeitslosigkeit in den USA sinkt

WASHINGTON sda. Die Lage auf dem US-Arbeitsmarkt verbessert sich immer mehr. Insgesamt wurden im Oktober 214 000 neue Jobs geschaffen, wie das Handelsministerium in Washington mitteilte. Die Arbeitslosenquote sank leicht auf 5,8 Prozent und damit auf den tiefsten Stand seit Juli 2008.

Neuer Leiter KMU bei PwC



ZÜRICH sda. Das Beratungsunternehmen PwC Schweiz hat einen neuen Leiter für den Bereich Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) ernannt. Seit Anfang Monat ist der in Luzern wohnhafte Norbert Kühnis (Bild, Jahrgang 1971) neuer Leiter KMU von PwC Schweiz. Kühnis ist PwC-Partner am Sitz in Luzern. Er tritt die Nachfolge von Stefan Gerber an, der das Unternehmen nach 20 Jahren verlässt.

Swiss Re legt gute Zahlen vor

ZÜRICH sda. Die Swiss Re hat in den ersten neun Monaten erstaunlich viel verdient. Mit einem leichten Gewinnanstieg überraschte der zweitgrösste Rückversicherer der Welt die Finanzgemeinde. Unter dem Strich konnte Swiss Re den Reingewinn um ein halbes Prozent auf 3,255 Milliarden Dollar steigern. Die Prämien stiegen um 11 Prozent auf 23,4 Milliarden Dollar.

HEIZÖLPREISE

Richtpreise in Franken (inkl. Mehrwertsteuer) für die Stadt Luzern (übrige Gebiete je nach Transportkosten)

Preis 100 Liter	07.11.2014	Vortag
800 – 1500	106.30	104.80
1501 – 2000	103.60	102.10
2001 – 3500	99.10	97.60
3501 – 6000	96.50	95.00
6001 – 9000	95.00	93.50
9001 – 14 000	92.00	90.50

Quelle: Swiss Oil Zentralschweiz

Frankreich stärkt Konsumenten



Von Hunderttausenden Mietern hat der Immobilienkonzern Foncia Gebühren für die Zusendung von Mahnbriefen einkassiert. Die Konsumentenschützer haben sich mit einer Sammelklage gewehrt. Das Bild zeigt Passanten vor einer Foncia-Filiale in Lille.

AFP

SAMMELKLAGE Es geht um Anbietertricks wie kurzlebige Smartphones oder sinkende Anlagezinsen. Nach starken Widerständen erlaubt Frankreich neu Sammelklagen.

STEFAN BRÄNDLE, PARIS
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Der grösste französische Konsumentenschutzverband UFC-Que Choisir wartete keinen Tag zu. Am 1. Oktober, als das neue Gesetz über Sammelklagen in Kraft trat, reichte er bereits eine «action groupée» ein – das französische Pendant zu den umstrittenen «class actions» in den USA. Im Visier hat er den Immobilienkonzern Foncia, weil der von seinen 320 000 Mietern je 2.30 Euro für die Zusendung von Mahnbriefen verlangt.

44 Millionen für Mahnbriefe

UFC-Que Choisir wählte diesen Fall, um den Sinn von Sammelklagen hervorzuheben: Für einen mickrigen Betrag könnte kein einzelner Mieter einen

Anwalt bemühen oder Klage einreichen. Foncia verdiente an der Detailbestimmung in den Mietverträgen aber immerhin 44 Millionen Euro.

Und diese symbolische Kollektivklage war nur der Beginn. In einem Monat haben Konsumverbände bereits vier Sammelklagen bei der Pariser Justiz eingereicht. Nicht immer sind die Einzelbeträge so tief. Die dritte «action groupée» betrifft eine Zinsklausel in Lebensversicherungen des Finanzkonzerns Axa. Er hatte zuerst einen Zins von 4,5 Prozent für Einlagen garantiert. Nach 1995 senkte er ihn eigenmächtig, obwohl er den Kleinsparern weiterhin eine gesicherte Rendite versprach. Gemäss Klageverband CLVC haben Einzelpersonen dadurch zwischen 1500 und 15 000 Euro verloren; ihr Gesamtschaden soll sich auf bis zu 500 Millionen Euro summieren.

Signalwirkung für gesamte EU

«Wir streben nicht nur eine materielle Entschädigung für die Geprellten an, sondern auch eine abschreckende Wirkung», meint Klageführerin Reine-Claude Mader. «Wenn wir gewinnen, werden es sich gewisse Unternehmen angesichts der Höhe der Entschädigungen zweimal überlegen, bevor sie ihren Kunden be-

liebige Versprechen machen.» Eine Signalwirkung könnte der umgehende Erfolg französischer Sammelklagen auch auf europäischer Ebene nach sich ziehen. Die EU-Kommission hatte das Thema schon 2011 aufgegriffen und eine Vernehmlassung über den Sinn und die Machbarkeit kollektiver Klagen gestartet. Konkrete Beschlüsse folgten aber bis heute nicht. Auch in Frankreich gab es anfangs grosse Widerstände von Seiten der Wirtschaftsverbände. Sogar die Anwaltskammern waren gegen die «actions groupées», da diese nur durch die fünfzehn zugelassenen Konsumentenschutzorganisationen lanciert werden können.

Vorsätzlich Produktdauer verkürzt?

Auch sonst ist der Wirkungskreis beschränkt: Zulässig sind zwar Gebiete wie Immobilien, Finanzen, Energie oder Telekom; anders als bei den «class actions» in den USA sind kollektive Gesundheits- und Umweltschäden aber ausgenommen. Nach dem weltweiten Skandal mit schadhafte Brustimplantaten der französischen Firma PIP könnte die Regierung in Paris aber vorschlagen, die Geltung des Gesetzes auszuweiten.

Dasselbe gilt für einen Gesetzeszusatz, den die französische Nationalversamm-

lung Mitte Oktober in einem anderen Kontext verabschiedet hat. Betroffen sind Firmen, welche die Lebensdauer ihrer Produkte vorsätzlich verkürzen. Ist ihre Täuschungsabsicht bewiesen, werden sie neu mit zwei Jahren Haft bestraft oder mit 300 000 Euro gebüsst. Betroffen sind zum Beispiel Smartphones, Haushaltsgeräte oder Autos, aber auch Informatikteile, für die der Hersteller absichtlich keine Updates mehr herausgibt.

«Umweltschädliche Praktiken»

Initiatoren der Neuerung sind die Grünen. «Die Produkte, die wir im Alltag brauchen, sind vom Hersteller allzu oft programmiert, um nach einer gewissen Dauer oder Anzahl von Anwendungen nicht mehr zu funktionieren», rechtfertigte unter anderem die Grüne Cécile Duflot den Vorstoss. «Diese Praktiken sind umweltschädlich und mindern die Kaufkraft der Haushalte.»

Der in erster Lesung genehmigte Gesetzeszusatz dürfte in den kommenden Wochen endgültig in Kraft treten. Danach müssen die Hersteller für Produkte ab vermutlich 500 Euro auch die Lebensdauer angeben. Sammelklagen scheinen da fast programmiert.

Vielen Banken droht der Niedergang

Viele schätzen es, dass die nächste Bankfiliale gleich um die Ecke liegt. Aber immer weniger besuchen sie, und noch weniger sind bereit, dafür zu bezahlen. Argwöhnisch werden Gebührenerhöhungen und Zusatzkosten beäugt. Vor diesem Hintergrund haben sich Bankkundenberater darauf eingestellt, am besten gleich sämtliche Negativbotschaften möglichst diplomatisch und wie in Geschenkpapier verpackt als ein einziges Gesamtpaket zu überbringen. Doch Geschenke gibt es auch in dieser Branche nicht. Dafür wird es für Bankkunden anspruchsvoller, das Bündel von Gesamtleistungen zu beurteilen.

Nicht alle Kunden sind immer gleichermaßen anspruchsvoll. So mag für ein 30-jähriges Paar der Abschluss eines Hypothekar-Kreditvertrages beim ersten Mal noch eine emotionale Angelegenheit im Zusammenhang mit dem Hauskauf sein. Viel Unsicherheit prägt die Atmosphäre, aber der besonnene Rat des etwas älteren Bankkundenbetreuers wird gerne angenommen. Auf die Margen wird bei der innigen Begleitung des Bauvorhabens

kaum geachtet. Spätestens bei der Verlängerung des Kredits nach beispielsweise fünf Jahren ändert sich das Bild. Die Zahlung von Zinsen wird zur Routine, das Amortisieren ebenfalls. Und bei der Verlängerung wird argumentationsstark um bessere Konditionen gekämpft. So sinken die Margen.

Der Wettbewerb um Kunden und Volumen dürfte umso gravierender werden, wenn die Kreditvolumen durch höhere Zinsen und strengere

AUSSICHTEN

Eigenmittelvorschriften zu stagnieren beginnen. Für die besten Konditionen wird gewiss noch der Transfer von Depots in die Waagschale geworfen. Doch die Tatsache bleibt, dass bei all dem Markttreiben klar wird, dass vielen Banken der Niedergang droht. In der Schweiz stehen manche Banken in der Liquidation oder kurz zuvor. Einige wie Adler Privatbank, Anker Bank sind schon verschwunden, anderen steht das noch bevor (unter

anderem Medibank, Bank Hottinger, Swisscanto usw.). Selbst Raiffeisenbanken müssen fusionieren, und Sparkassen spielen kaum mehr eine Rolle. Manche suchen nach Ausflügen in fremde Gebiete wie Vermögensverwaltung, nur noch «einfach Bank» zu sein (Valiant).

Nicht nur in der Schweiz, in ganz Europa existieren zu viele Banken. Zahlreiche haben kein nachvollziehbares Geschäftsmodell, die Gewinnmargen sind oft bescheiden, und der Blick auf die Eigenkapitalbasis macht die Lage nicht gemüthlicher. Die zusätzliche Regulierung kostet Geld und bindet die Ressourcen der Mitarbeiter, denen die Zeit für die Kundenbetreuung zunehmend fehlt. Das geringe Wirtschaftswachstum hemmt die Perspektiven. Bei manchen stehen auch noch fragwürdige Kredite in den Bilanzen, bei anderen sind es fragwürdige Produkte, die aus schierer Margennot vertrieben werden, obschon sie nüchtern betrachtet zu einem sicheren realen Wertverlust führen. Zu allem



Überfluss werden die Banken in manchen Geschäften (Zahlungsverkehr, Kreditvergabe) durch neue Anbieter aus der digitalen Welt bedroht.

Insofern soll es niemanden überraschen, wenn demnächst auch ihre Bank fusioniert, einige Filialen schliesst, die EDV auslagert, die Personalvergünstigungen aufgibt, gewisse Kundengebühren erhöht und manchen Betriebskredit nicht mehr gewährt, weil die Verlustvermeidung an oberster Stelle steht. Es geht um das nackte Überleben, um die Existenz als erfolgreiche Bank im 21. Jahrhundert. Bill Gates, Gründer von Microsoft, prägte früh die einfache Logik «banking is essential, banks are not». Das war vor 20 Jahren. Heute spüren immer mehr Banken und deren Angestellte wie auch deren Führungskräfte, wie weitsichtig und weit reichend diese Aussage ist

HINWEIS

Maurice Pedergrana (49) ist Professor für Banking und Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ).